

Wenn Probleme erst zählen, nachdem sie öffentlich werden

Der Umgang der Gemeindeführung mit der fehlenden Busverbindung für Kinder aus WN offenbart ein wiederkehrendes und problematisches Muster: **Zuerst wird ein reales Anliegen ignoriert, anschließend relativiert und am Ende politisch vereinnahmt.** Genau dieses Vorgehen untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in eine ehrliche und verantwortungsvolle Gemeindepolitik.

Tatsache ist: **Ohne den Dringlichkeitsantrag der Volkspartei in der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2025** wäre dieses Problem weder öffentlich thematisiert noch politisch behandelt worden. Zu diesem Zeitpunkt hatte keine andere Partei entsprechende Rückmeldungen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingebracht. Erst durch das klare Handeln der VP wurde der Handlungsbedarf sichtbar gemacht und Bewegung in die Sache gebracht.

Umso befremdlicher ist das Verhalten von FPÖ und Gemeindeführung in der Folge. Im Nachhinein wurde versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei der Bedarf nach dieser Busverbindung schon lange bekannt gewesen und als habe es zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung gegeben. Diese Darstellung wird jedoch **durch die eigenen Aussagen und Handlungen der Verantwortlichen klar widerlegt.** Noch Wochen nach dem Dringlichkeitsantrag zeigte sich, dass weder konkrete Kenntnisse über die betroffene Zugverbindung vorhanden waren, noch ein klares Problembewusstsein bestand.

Statt Transparenz und ehrlicher Kommunikation erlebte die Bevölkerung eine politische Inszenierung: Erfolge wurden selbstbewusst präsentiert, ohne die ursprüngliche Initiative zu nennen, während kritische Fragen mit ausweichenden Antworten abgefedert wurden. Das ist keine bürgernahe Politik, sondern der Versuch, Verantwortung nachträglich umzudeuten.

Die Volkspartei steht für eine andere Form der Gemeindepolitik. Probleme müssen **ernst genommen werden, bevor sie öffentlich eskalieren**, und Lösungen dürfen nicht dazu dienen, politisches Eigenlob zu betreiben. Gerade bei Themen, die Kinder, Familien und den täglichen Schulweg betreffen, braucht es Ehrlichkeit, Sachkenntnis und den Willen, im Interesse der Bevölkerung zu handeln – nicht erst dann, wenn der politische Druck groß genug ist.

Zeitlicher Ablauf / Abfolge

16.12. – Gemeinderatssitzung

- **Dringlichkeitsantrag der VP**
Forderung nach einer Busverbindung um **13:37 Uhr bzw. kurz danach** für Kinder aus WN kommend.
- **Fakt:**
Zu diesem Zeitpunkt gab **keine andere Partei** an, entsprechende Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten zu haben.

👉 Kommentar (VP):

Die VP greift ein konkretes Problem aus dem Alltag von Familien auf – andere Fraktionen zeigen zu diesem Zeitpunkt keinerlei Problembewusstsein.

12.01. – Facebook-Äußerung der FPÖ

- FPÖ erklärt öffentlich, dass „**plötzlich auch Rückmeldungen**“ zu der Busverbindung bei ihr eingelangt seien.

👉 Kommentar:

Diese Aussage bestätigt indirekt, dass es **vor dem VP-Antrag keine relevante Beschwerdelage** gab.

20.01. – Telefonat des Vizebürgermeisters mit der Antragsstellerin

- Aussage des Vizebürgermeisters:
 - Es sei **keine passende Zugverbindung** zu dieser Zeit ersichtlich.
 - Nach Klarstellung weiterhin skeptisch.
 - Zitat: „*Wir versuchen, aber du weißt ja, dass wenig Chance besteht!*“
- **Kein Hinweis**, dass ihm Beschwerden aus der Bevölkerung bekannt seien.
- Der Vizebürgermeister wusste **nicht einmal**, um welchen konkreten Zug es sich handelt.

👉 Kommentar:

Dieses Gespräch widerspricht klar den späteren Behauptungen, das Thema sei der Gemeindeführung längst bekannt gewesen. Es zeigt mangelnde Vorbereitung und fehlende Sachkenntnis.

03.02. – Facebook-Posting der FPÖ

- FPÖ verkündet, dass **Udo Landbauer** eine Zug- und Busverbindung angepasst habe.
- Darstellung als eigener politischer Erfolg: „*Toll, was uns gelungen ist*“.
- **Keine Erwähnung** des VP-Dringlichkeitsantrages, der den Anstoß gegeben hat.

👉 Kommentar:

Hier wird ein politischer Erfolg vereinnahmt, ohne die tatsächliche Initiative zu benennen. Das ist irreführend gegenüber der Bevölkerung.

04.02. – Öffentliches Statement des Vizebürgermeisters

- Lob der neuen Gemeindeführung für die Umsetzung.
- Begründung: Es habe „**viele Anfragen aus der Bevölkerung**“ zur Busverbindung gegeben.

👉 **Kommentar:**

Diese Darstellung steht im klaren Widerspruch zu:

- den Aussagen vom 20.01.,
- der Unkenntnis des konkreten Problems,
- und der Tatsache, dass erst der VP-Antrag Bewegung in die Sache gebracht hat.

👉 *Eigenlob ohne Faktenbasis untergräbt Glaubwürdigkeit.*

Klare Stellungnahme der VP (Oppositionsrolle)

Die **Volkspartei stellt sich klar gegen Sparmaßnahmen**, die:

- auf Kosten von **Kindern, Familien und Pendlern** gehen,
- zu einer Verschlechterung des öffentlichen Verkehrs führen,
- und erst nach politischem Druck halbherzig korrigiert werden.

👉 **Kritik an der Gemeindeführung:**

- Fehlende proaktive Problemerkennung
- Ausweichende und widersprüchliche Aussagen
- Verschleierung der eigenen Verantwortung
- Politische Vereinnahmung fremder Initiativen

👉 **Position der VP:**

- Öffentliche Infrastruktur ist **kein Sparposten**.
- Politik muss **transparent, ehrlich und bürgernah** sein.
- Die Bevölkerung hat Anspruch auf **klare Antworten statt nachträglicher Rechtfertigungen**.

Doch diese Vorgehensweise ist kein Einzelfall. In derselben Gemeinderatssitzung wurde auch das sogenannte **Haushaltskonsolidierungskonzept** präsentiert – ohne jegliche ernsthafte Vorarbeit. Besonders kritisch ist dabei, dass **keine Besprechung und kein gemeinsames Suchen nach Lösungen im Finanzausschuss** stattgefunden hat. Ein Ausschuss, dessen Existenz und Zusammensetzung ohnehin fragwürdig ist: Im Wahlkampf wurde groß angekündigt, aus Kostengründen gäbe es keinen Finanzausschuss mehr und Ausschussvorsitze würden ausschließlich von geschäftsführenden Gemeinderäten übernommen. Nach der Wahl wurde diese Linie stillschweigend aufgeweicht und „nachjustiert“. Transparenz sieht anders aus.

Die Folgen dieser mangelhaften Vorbereitung tragen vor allem die Bürgerinnen und Bürger:

- Der **Gemeindebedienstetenausflug bzw. der Ausflug für Herler:innen wurde gestrichen.**
- **Vereinsförderungen** wurden zunächst als „ausgesetzt“ dargestellt, auf konkrete Nachfrage erklärte die Bürgermeisterin jedoch unmissverständlich, dass diese **gestrichen** werden. Gerade Vereine sind das Rückgrat des Gemeindelebens – hier wird an der falschen Stelle gespart.
- Zur **Gemeindezeitung** konnte keine Kostenauskunft gegeben werden, obwohl diese nun von Gemeindemitarbeitern erstellt wird. Gleichzeitig wurde eingeräumt, dass **zusätzliche Arbeitsstunden notwendig sind**, da der Arbeitsaufwand gestiegen ist. Einsparungen bleiben damit unbelegt, Mehrkosten werden in Kauf genommen – ohne transparente Zahlen.
- Besonders befremdlich ist auch die **Auflösung des Pachtvertrags für den Spielplatz**, obwohl sich rund **100 Bürgerinnen und Bürger aus allen St. Egidener Ortsteilen mit ihrer Unterschrift dagegen ausgesprochen haben**. Dieses klare Zeichen aus der Bevölkerung wurde schlicht ignoriert.

All diese Punkte zeigen deutlich: Die aktuelle Gemeindeführung setzt auf **Sparen ohne Dialog**, auf Entscheidungen ohne echte Einbindung und auf politische Selbstdarstellung statt ehrlicher Aufarbeitung. Rückmeldungen aus der Bevölkerung werden dann herangezogen, wenn sie ins eigene Narrativ passen – ansonsten zählen sie offenbar nicht.

Die Volkspartei steht für eine andere Art der Gemeindepolitik. Haushaltsdisziplin ist wichtig, **doch Sparmaßnahmen dürfen nicht einseitig auf Kosten der Bevölkerung, der Vereine und der Familien gehen**. Notwendig sind frühzeitige Einbindung, transparente Zahlen und der ehrliche Wille, gemeinsam Lösungen zu finden. Politik darf nicht erst dann reagieren, wenn öffentlicher Druck entsteht – sie muss vorausschauend, verantwortungsvoll und bürgernah handeln.